Weiterüberweisung nicht verpflichtend

Ein Heilpraktiker muss einen Patienten nach erfolgloser Behandlung nicht zur Weiterbehandlung an einen Arzt zurückverweisen, wenn der Patient aufgrund offensichtlicher Leiden auch als medizinischer Laie selbst erkennen kann, dass ein Arztbesuch erforderlich ist. In diesem Fall ist der Heilpraktiker nicht zur Schmerzensgeldzahlung verpflichtet; unabhängig davon ob seine Naturheilmethoden erfolgversprechend waren.

Amtsgericht Ansbach,
Urteil vom 7.7.2015 – 2 C 1377/14

Widerruf der Zulassung von Kava-Kava-Arzneimitteln ist rechtswidrig

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat die Zulassungen für pflanzliche, angstlösende Arzneimittel mit dem Wirkstoff Kava-Kava für insgesamt 15 Arzneimittel zu Unrecht widerrufen. Im Mai 2014 war der behördliche Widerrufsbescheid mit der Begründung aufgehoben worden, das Nutzen-Risiko-Verhältnis der streitigen Kava-Kava-haltigen Arzneimittel sei nicht ungünstig. Die Berufung der BRD hiergegen wurde nun zurückgewiesen.

Durch die seit 2002 bestehende ärztliche Verschreibungspflicht, die Begrenzung der maximalen Tagesdosis und der Anwendungsdauer, die regelmäßige Bestimmung der Leberwerte, den Verzicht auf Alkohol sowie die Vermeidung einer begleitenden Medikation – insbesondere mit Betablockern, Antidepressiva und Migränemitteln – könnten die lebertoxischen Risiken bei Beachtung bestimmter Maßnahmen auf ein vertretbares Maß reduziert werden. Soweit die bisher umgesetzten Maßnahmen nicht genügten, komme kein Widerruf in Betracht, sondern müsse die Zulassung angepasst werden.

Kava-Kava ist ein Strauch, der vor allem auf Inseln des südlichen Pazifiks vorkommt. In Deutschland waren Kava-Kava-haltige Arzneimittel in Kapsel-, Tabletten- oder Tropfenform zur Behandlung von nervösen Angst-, Spannungs- und Unruhezuständen auf dem Markt. Der 13. Senat hat wegen grundsätzlicher Bedeutung die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen.

OVG Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 25.2.2015 – 13 A 1371/14 u. a.

Private Psychotherapie

Behandlung nur durch zugelassene Therapeuten

Ein gesetzlich Krankenversicherter darf selbst im Notfall eine nicht zur vertragsärztlichen Versorgung zugelassene Psychotherapeutin nur dann in Anspruch nehmen, wenn er auf eine Akutbehandlung angewiesen und ein zugelassener Therapeut nicht erreichbar ist.

Der Antragsteller aus Berlin-Pankow benötigte aufgrund einer schwerwiegenden Depression psychiatrische und psychotherapeutische Behandlung. Ohne dies mit seiner gesetzlichen Krankenkasse abzusprechen, begann er im Dezember 2014 eine Verhaltenstherapie bei einer Psychotherapeutin, die von der Krankenkasse zur vertragsärztlichen Versorgung nicht zugelassen war. Nachdem seine Krankenkasse eine Kostenübernahme abgelehnt hatte, beantragte er im Juni 2015 beim Sozialgericht Berlin den Erlass einer einstweiligen Anordnung mit dem Ziel, die Krankenkasse zur Kostentragung zu verpflichten.

Nach Auffassung des Sozialgerichts besteht gemäß § 76 Abs. 1 SGB V grundsätzlich nur ein Anspruch auf psychotherapeutische Behandlung durch zugelassene Leistungserbringer. Andere Ärzte dürften nur in Notfällen in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme eines nicht zugelassenen Psychotherapeuten komme damit nur dann in Betracht, wenn der Versicherte auf eine Akutbehandlung angewiesen und ein zugelassener Leistungs-

erbringer unter zumutbaren Bedingungen nicht erreichbar sei.

Im vorliegenden Fall bedurfte der Antragsteller zwar dringend einer Behandlung, es war aber nicht erkennbar, dass die von ihm in Anspruch genommene Therapie eine Akutbehandlung darstelle: Seine Depression bestand seit 2011, die Behandlung habe jedoch erst im Dezember 2014 begonnen. Der zweite Termin sei erst drei Monate später im März 2015 gewesen. Seitdem finde lediglich eine Sitzung pro Monat statt. Auch eine Versorgungslücke, die unter dem Gesichtspunkt des Systemversagens ausnahmsweise zur Behandlung durch nicht zugelassene Therapeuten berechtige, lag nicht vor. Auch sei kein besonders schützenswertes Vertrauensverhältnis zwischen Behandlerin und Antragsteller festzustellen, weil bisher gerade einmal fünf Termine stattgefunden hätten, die Behandlungsdauer also sehr kurz gewesen sei.

Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

Sozialgericht Berlin,
Urteil vom 24.7.2015 – S 72 KR 1702/15 ER PKH

Literatur beim Verfasser

Arno Zurstraßen M.A.
Rechtsanwalt und Mediator im Gesundheitswesen, Fachanwalt für Medizinrecht und Fachanwalt für Sozialrecht, Aachener Str. 197 – 199, 50931 Köln
E-Mail: contact@arztundrecht.de
www.arztundrecht.de

© Martin Ruge / Fotolia.com